

der Vergangenheit schamhaft verschwiegene Tatsache einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit in der DDR. Beispiele solcher Denk- und Verhaltensweisen gibt es täglich und viele.

Mich persönlich erinnert es an meine Schulzeit, an die Jahre 1941 bis 1945, als unsere Familie - wir waren zwar keine Ausländer, wurden aber so behandelt, weil wir Sorben waren - von den Nazis diskriminiert wurde, und für die Sorben der Beschluß stand, sie auszusiedeln. Das es gutgehen kann, beweist, daß heute Sorben und Deutsche gut Zusammenarbeiten und gemeinsam das Morgen gestalten. Möge es immer so bleiben!

Deshalb begrüßen wir die Initiative der Fraktion Bündnis 90/Grüne, dieses auch uns so bewegende Thema auf die Tagesordnung der heutigen Aktuellen Stunde zu setzen. Wir erwarten dazu dem Ernst der Lage entsprechende Stellungnahmen der Regierung.

Nach unserer Auffassung ist es dringend geboten, den Problemen unserer ausländischen Mitbürger und Gäste erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, ihre Situation in einem sich neu gestaltenden gesellschaftlichen Umfeld zu erkennen und die zur Gewährleistung eines geregelten Zusammenlebens in- und ausländischer Bürger notwendigen rechtlichen und sozialen Voraussetzungen zu schaffen. Das sind wir einfach unserer jungen Demokratie schuldig und auch dem Ansehen unseres Staates. Stets sollten wir uns der Tatsache bewußt sein, daß die überwiegende Mehrheit der heute in unserem Lande weilenden ausländischen Menschen auf der Grundlage von Regierungsabkommen ihren zeitweiligen Wohnsitz in der DDR hat. Sie sind mit hohen Erwartungen in unser Land gekommen und gehen berechtigt davon aus, daß die in diesen Abkommen enthaltenen gegenseitigen Verpflichtungen erfüllt werden. Viele von ihnen haben unmittelbaren Anteil an dem, was in der DDR doch in den zurückliegenden Jahren geschaffen wurde. Sie waren in einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen und Betrieben, darunter auch in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, willkommene Helfer.

Warum war es so, daß wir ausländische Arbeitskräfte, auch in der Landwirtschaft, gebraucht haben? Weil wir als Leitungen unsere Betriebe oftmals nicht gut organisiert haben, daß wir zuviel politische Schulungen durchgeführt und geduldet haben, daß die Arbeitszeit nicht ausgelastet wurde, und daß auch oftmals nicht das Verständnis und die Bereitschaft da waren, daß jeder an einen Arbeitsplatz gestellt werden konnte, wo er gebraucht wurde. Deshalb brauchten wir ausländische Arbeitskräfte.

Und jetzt, in Richtung Marktwirtschaft, wo es um eine erhöhte Effektivität und Qualität geht, brauchen wir weniger Arbeitskräfte. Aber trotz dieser Tatsache ist mit unseren arbeitenden Menschen und mit den Ausländern dies in Zusammenhang in Ordnung zu bringen. Den ausländischen Bürgern gilt es jetzt, in der Zeit des gesellschaftlichen Neubeginns, mit Toleranz und Achtung entgegenzutreten. Soziale Gerechtigkeit und aktive Solidarität zu üben, sollte für unser Land ein sichtbarer Ausdruck gewachsener Demokratie sein.

Sind es nicht die gleichen Sorgen und Nöte, die uns und unsere ausländischen Mitbürger bewegen? Wer wird in einem zukünftigen Europa danach fragen, welcher Nationalität ein Arbeitsloser angehört? Sollte das in der DDR und in einem wiedervereinten Deutschland nicht auch zwischen Menschen, gleich welcher Staatsangehörigkeit und Nationalität, möglich sein?

Wir beantworten diese Frage mit einem klaren Ja zu einer Ausländerpolitik, die dem Völkerrecht entspricht und in einem zukünftigen vereinten Deutschland den Erwartungen, Wünschen und Hoffnungen aller in seinen Grenzen lebenden Menschen Rechnung trägt.

Gestatten Sie, werte Abgeordnete, daß ich im Namen meiner Fraktion an die Arbeitsgruppe Ausländerfragen des Runden Tisches erinnere. Es sind hier keine abschließenden Regelungen getroffen worden. Das verunsichert unsere Menschen, aber auch die für diese Fragen zuständigen staatlichen Institutionen. Wir erwarten im Interesse der betroffenen Menschen

1. die Klärung der Rechtsstellung von Asylanten und Einwanderern während des Aufenthalts in der DDR,
2. Festlegungen zur sozialen Sicherstellung von ausländischen Bürgern, die in der DDR ihren ständigen oder zeitweiligen Wohnsitz haben,
3. Maßnahmen, die subjektive Willkür im Umgang mit ausländischen Mitbürgern in den Betrieben und im öffentlichen Leben weitestgehend ausschließen,
4. Regelungen, die eine den internationalen Gepflogenheiten entsprechende Rückführung zeitweilig in der DDR eingesetzter ausländischer Arbeitskräfte gewährleisten.

Mit Entschiedenheit wenden wir uns gegen spekulativen Tourismus und wir erwarten in dieser Richtung eindeutige Entscheidungen. Mit dem Blick auf europäische Dimensionen sollten wir unserer Verantwortung für die in unserem Land lebenden Menschen gerecht werden. Und vergessen wir bei all unseren Entscheidungen nicht die uneigennützte Hilfe und Unterstützung, die den Bürgern der DDR in den schweren Tagen des Herbstes 1989 durch die Regierungen und die Menschen Ungarns, der CSFR, Polens und der BRD zuteil wurde. Messen wir daran unsere heutige Einstellung zu Asylsuchenden in der DDR. Wir haben die Möglichkeit, in der Ausländerpolitik neue Wege zu beschreiten. Nützen wir im Ergebnis der heutigen Aktuellen Stunde diese historische Chance!

(Beifall bei DBD/DFD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als letzter spricht für die Fraktion der Liberalen der Abgeordnete Ortleb.

Prof. Dr. Ortleb für die Fraktion Die Liberalen:

Meine Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde sollte auch Gelegenheit sein - und ich glaube, sie ist es bisher gewesen -, denen, die uns zusehen, zu zeigen, daß dieses Hohe Haus die Probleme kennt, die viele beschäftigen, und daß die Regierung auch nicht ohne Antworten ist, denn die Regierungsbeauftragte hat dargestellt, daß die Regierung arbeitet. Ich glaube, das festzustellen ist wichtig, um auch ein Wort dazu zu verlieren, warum dieses Haus einen Polizeikordon braucht. Ich glaube, nur deswegen, weil es uns noch zuwenig gelungen ist, unserer Bevölkerung verständlich zu machen, daß wir ihre Probleme sowohl kennen als auch sie bearbeiten.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Gestern waren zwei Plätze in der ersten Reihe dieses Hauses für zwei Stunden leer, nur deswegen, weil Kollege Dr. Kamm von der CDU-Fraktion und ich diese zwei Stunden mit 40 Studenten unterhalten haben. Zu dem - wie man moderner Weise sagt - Konsens, der am Ende herauskam, hat auch gehört, daß man konsent war, daß es nicht gut für dieses Hohe Haus ist, wenn Abgeordnete gerade am Tage der Sitzung Fragestunden draußen machen müssen. Wir sind die ganze Woche hier. Alle sind herzlich eingeladen, die Abgeordneten zu fragen, aber nicht während der Sitzung. Ich glaube, das belästigt die Arbeitsfähigkeit dieses Hohen Hauses.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

Das schien nicht zur Sache gehört zu haben, aber es gehört zur Sache. Es muß gezeigt werden, daß Regierung und Volkskammer eine Zweieinigkeit sind: die eine Seite beschließt und die andere handelt.

Zum Handeln: Was brauchen wir in dieser Zeit in Sachen Asyl- und Ausländerrecht?

Ich glaube, ein neues Gesetz jetzt fassen zu wollen, ist nicht die Zeit. Was wir aber brauchen, sind klare Kriterien, nach denen für eine Übergangszeit Asylantragsteller behandelt werden und die verhindern, daß politische Verbrecher, z. B. rumänischer Geheimdienst, Wirtschaftskriminelle usw. Aufnahme in der DDR finden.